Tageblatt für Politik. Unterhaltung. Geschäftsverkehr. Börsenberichte. Fremdenliste.
[illegible]

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1891.

Dr. Kadner's Sanatorium. Diätetische Kuranstalt Niederlössnitz b. Dresden. für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

Neuheiten eleganter deutscher und englischer Tuchwaaren empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, Marienstrasse 20 (Ecke d. Margarethenstr.)

Lederwaaren-Specialität! Portemonnaies, Cigarrenetuis, Damentaschen, Albums etc. Grösste Auswahl in allen Preislagen! Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 8, nächst dem Altmarkt.

Tapeten Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. F. Schade & Co. Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. Tapeten

Faulbaumrinden-Elixir, angenehmes, mildes Mittel, bewirkt schmerzlosen Stuhlgang. Flasche 1 M. Prompter Versandt nach auswärts. Kgl. Hofapotheke, am Georgenthor.

Lodenjoppen, Kaisermäntel, Havelocks, Lodenhüte empfiehlt in grösster Auswahl zu billigen Preisen Jos. Fiechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 345. Spiegel: Die neuen Handelsverträge. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Buchdruckerbewegung, Conservatives Programm, Gastwirthschaftliche Ausstellung, Congoreisen, Gerichtsverhandlungen. „Das zweite Gesicht". Kgl. Conservatorium. **Freitag, 11. December.**

Politisches.

In Oesterreich sowohl als in Ungarn ist in den Vertretungskörpern beschlossen worden, die Handelsverträge an Kommissionen zu verweisen und somit wenigstens die „dehors" zu wahren. In Oesterreich sowohl als in Ungarn hat man auch allen Grund, möglichst eingehend zu konstatiren, wie man den guten Nachbar Michel breitgeschlagen hat, wie man durch „Zugeständnisse" von ihm „Opfer" erlangte. Wenn man z. B. im Pferdehandel ein gutes Geschäft gemacht hat, geht man in's Wirthshaus und rühmt sich seiner Schlauheit; wenn man aber einen spatlahmen, mit Kolik behafteten Gaul für schweres Geld eingehandelt hat, dann hält man sich mäuschenstill, um nicht zum Schaden noch den Spott zu tragen. Der deutsche Reichstag will jede nähere Berathung vermeiden.

Je mehr man sich in den Zahlenwust versenkt, der nothwendigerweise in den Verträgen steckt, desto lebhafter muß es Einem auffallen, daß speziell auf industriellem Gebiete, wo doch unser Gewinn stecken soll, nur so unwesentliche Aenderungen eintreten gegenüber den Riesenopfern unserer Landwirthschaft, daß man nur von Scheinekonzessionen reden kann. Man wollte unserer Industrie namentlich in Oesterreich ein neues Absatzgebiet schaffen: das ist nicht erreicht. Selbst wenn unsere Industriellen den dortigen Markt erobern wollten, so würde ein wüthender Konkurrenzkampf die erste Bedingung sein, bei welchem unsere durch soziale Lasten, höhere Arbeitslöhne, theure Kohlen bedrückte Industrie schwerlich siegreich sein dürfte. Nach statistischen Ausweisen waren dort schon 1886 etwa 2½ Millionen Feinspindeln auf dem Gebiete der Baumwollen-Industrie thätig, sodaß die Ausfuhr von Baumwollwaaren die Einfuhr bedeutend überwiegt. Aehnlich steht es mit der Schafwoll-Industrie, mit der Leineweberei und der Industrie der Seiden- und Sammet-Waaren. In allen Gebieten, in denen wir hier möglicherweise noch mit einiger Aussicht auf Erfolg konkurriren könnten, ist die Zollherabsetzung so ungeheuer geringfügig, daß uns die Hände gebunden bleiben.

Ebenso platonisch, wie die Liebe zur Textil-Industrie, ist auch die Zuneigung, welche sich in den Verträgen für die anderen Gebiete unserer Produktion ausspricht. Das Haupt- und Magenstück der Zugeständnisse soll in der Herabsetzung der Eisenzölle liegen. Nun, die Börse in Wien beantwortete das Bekanntwerden der Zollsätze in dieser Branche mit einer Hausse in den Aktien der österreichischen Eisenwerke; sie ging also von der Anschauung aus, daß die Konzessionen der dortigen Eisenindustrie nicht sehr wehe thun würden. Und doch muß schließlich diese Frage fast einzig darüber entscheiden, ob unsere Landwirthschaft wieder in die Verarmung, in die langsame Verblutung zurückgestoßen werden soll. Die Frage der Herabsetzung des Zolles auf Roheisen in Oesterreich ist eine doppelte. Es handelt sich erstens um die Rückwirkung auf unsere Roheisen-Produktion und zweitens um den Einfluß, den die Herabsetzung der österreichischen Roheisenzölle auf die Roheisen verarbeitende deutsche Industrie in ihrem Verhältniß zur österreichischen Konkurrenz ausüben wird. In der bekannten Broschüre „Ablehnen oder Annehmen" von Borussen wird das Resultat einer hierüber angestellten Enquete bei den Betheiligten dahin festgestellt, daß die westdeutschen Hochöfen keinen Vortheil von der geplanten Zollherabsetzung zu erwarten haben, daß man sich selbst in Schlesien keinen Vortheil von dieser Maßregel verspricht. Hat doch noch im vorigen Jahre die Einfuhr von Roheisen aus Oesterreich nach Schlesien 12,300 Tonnen betragen, während die Ausfuhr sich nur auf 7900 Tonnen stellte. Es gehört kein besonders scharfer Blick dazu, um zu erkennen, daß uns namentlich infolge des belgischen Vertrages England und Belgien vom österreichischen Markte verdrängen werden und daß die Rückwirkungen der Maßregel auf unsere Roheisen verarbeitende Industrie, namentlich auf die Schienen-Industrie, geradezu verhängnißvoll sein wird. Mit Schienen ist Oesterreich bereits in Sachsen und Schlesien konkurrirend aufgetreten. Wird durch Ermäßigung des Zolles den dortigen Schienenwerken Gelegenheit gegeben, billigeres Rohmaterial zu beziehen, so werden sie natürlich gestärkt und in absehbarer Zeit herrschend werden. Als die einzigen Nutznießer des uns gemachten Geschenkes verbleiben die englischen Hochöfen und die cis- und transleithanischen Schienenwerke. Schon durch die Betrachtung des Haupt-Zugeständnisses ist der Handelsvertrag gerichtet. Sollte nun aber wirklich eine Zeit lang der Export von Roheisen sich vermehren, so hätten einige große Gesellschaften und Kapitalisten allein den Vortheil. Man wird einräumen müssen, daß auch dies keine besonders schätzbare Errungenschaft wäre, man wird sich auch vorhalten können, daß hierdurch in Deutschland selbst die Herstellungskosten der Fabrikate vertheuert werden und daß abermals der Landwirth, der ja doch seine Arbeitsgeräthe bezahlen muß, das Karnickel ist.

Deutschland als einen Industriestaat hinzustellen, ist glatterdings ein Schwindel. Drei Viertheile unseres Volkes leben vom Ackerbau. Schon aus dieser einfachen Thatsache ergiebt sich der Nonsens, den man begeht, wenn man die überwiegende Majorität der Nation in den Schatten stellt gegen eine Minorität. Hat man aber die Absicht, unser Volk mit Hilfe der neugeplanten Maßregeln in die Zwangslage zu versetzen, den Ackerbau aufzugeben und sich der Industrie in die Arme zu werfen, dann konnte man gar kein passenderes Mittel finden, als man thatsächlich gefunden hat. Man komme nicht mit dem Einwande, daß ja der Getreidezoll nur herabgesetzt, nicht aufgehoben worden sei. Bis zum Jahre 1885 hatten wir ja einen Satz von 3 Mk. Damals fiel der Getreidepreis in Deutschland auf eine nie dagewesene Tiefe und erst bei dem jetzt geltenden Satze von 5 Mk. wurde einem weiteren Sinken Einhalt gethan. Ohne diese mäßige Erhöhung hätte die deutsche Landwirthschaft eine unübersehbare Katastrophe erleiden müssen. Diese Erhöhung bedeutete nicht eine Mästung, sondern eine Errettung der deutschen Landwirthe von drohendem Untergang. Nun wird der Laie sagen: Es ist ja ganz hübsch, wenn die Getreidepreise heruntergehen, dann bekommen wir billiges Brot! Sehr richtig, aber die Sache steht etwas anders. Wenn der Bauer mit seiner Arbeit keinen Gewinn erzielt und nicht einmal auf seine Kosten kommt, weil Getreide hereinschwimmt, das unter weit aus günstigeren Bedingungen produzirt wird, dann legt er die Heugabel fort, stellt den Pflug in die Ecke und geht als Arbeiter in die Stadt, wenn er nicht auswandert. Er läßt den Anderen Steuern zahlen, Hypothekenzinsen und Landwirthschaftskosten tragen und wenn bisher die Söhne des Landmannes den Kern unserer Armee bildeten, so überläßt er es in Zukunft den Männern aus Mesopotamien, die ja wie die Raben über das frei werdende Land herfallen werden, ihre muthvollen Sprößlinge in's Feuer zu schicken. Dann wird unsere Industrie die besten Abnehmer verlieren und in das schlimmste Gedränge gerathen, dann wird unser Brotmarkt im Auslande liegen und der Vetter Kornjude uns die Cravatte um den Hals legen. Dann zahlen wir unsere schönen Zwanzigmarkstücke nicht an unsere Landsleute, von denen wir sie im Verkehrsaustausch wieder zurückerhalten, sondern an die klugen Männer im Auslande. Daß unsere Mühlenindustrie vor den ungarischen Mühlen wird die Segel streichen müssen, sei nur nebenher bemerkt.

Wie die Geschichte im Reichstage verlaufen wird, scheint bereits klar zu sein. Wenn wir trotz der Gewißheit der Annahme der Verträge unseren schweren Bedenken Ausdruck geben, so erfüllen wir nur unsere Pflicht. Man soll in Zukunft nicht sagen können, daß der Ausgang des Jahres 1891 ganz Deutschland in einem rasenden Taumel fand. Steht aber die Sache so günstig, wie Herr v. Caprivi und die Majorität der Reichsboten meinen, warum scheuen sie dann zurück in eingehenden Berathungen der Nation ganz reinen Wein einzuschänken? Werden die vorgetragenen Bedenken beschwichtigt, was kann den Vertragsfreunden erwünschter sein? Bleiben sie bestehen, nun so muß ein anderer Weg gesucht werden. Ein Provisorium, das die Verlängerung der gegenseitigen Bestimmungen herbeiführt, ist leicht zu erlangen; für erneute Berathungen würde ein ablehnendes Votum oder auch eine zögernde Stellungnahme des Reichstags das wirksamste Mittel bilden, Zugeständnisse zu erhalten, die für uns dann doch einen wirklichen Werth besäßen, nicht aber zersetzend und zerstörend auf unseren nationalen Wohlstand wirken müssen. Leider ist für die Verwirklichung dieses verständigen Gedankens wenig Aussicht. Die Majorität, welche die Einzelberathung der Vorlage verhindert, besteht — hiermit ist die Lage wohl am besten gekennzeichnet — aus den Vertretern der Sozialdemokratie, des Freisinns und des Centrums, also aus den Umstürzlern, den Anwälten der Börsenspekulation und den Römlingen. Man kann hierzu nur „Gesegnete Mahlzeit" wünschen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. December

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung: erste Berathung der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien. Das Haus ist zahlreich besetzt. — Reichskanzler v. Caprivi theilt zunächst mit, daß die Zahl der Verträge inzwischen um einen vierten, den mit der Schweiz, vermehrt worden ist. (Beifall.) Die autonome Feststellung der Zölle hatte die wohlthätige Folge einer Erstarkung der deutschen Industrie, wie sie bis dahin nicht bekannt war, aber sie hatte auch ihre Schattenseiten, vor Allem die der Ueberproduktion und des mangelnden Absatzes, zumal auch andere Staaten mehr und mehr ihre Grenzen verschlossen. Unsere Handelsunterbilanz betrage 900 Millionen. Wir seien auf die Dauer nicht in der Lage, das zu bezahlen, was wir brauchen, und dieser Uebelstand steigere sich mit der fortschreitenden Zunahme der Bevölkerung. Die Frage sei nicht: Freihandel oder Schutzzoll, sondern die Gewinnung eines rechten Mittelweges, der den Existenzbedingungen für Landwirthschaft und Industrie entspricht. Wir können uns wohl abschließen, wir können uns aber auf die Dauer nicht selbst genießen. Es handele sich bei diesen Verträgen um die Gewinnung neuer Absatzgebiete für unsere Industrie. Die Wirkungen werden in dieser Beziehung nicht plötzliche sein. Es sei sehr schwer, einen Wagen, der 12 Jahre in einem Geleis gegangen, auf ein anderes zu bringen. Die Wirkung auf die Finanzen würden vielfach überschätzt, sie betrügen unter Berücksichtigung der Einfuhr der meistbegünstigten Nationen ca. 17 bis 18 Millionen. Auf die Meistbegünstigungs-Staaten finden die Zollermäßigungen, wie sie in den Verträgen festgesetzt sind, ohne Weiteres Anwendung. Anderen Staaten werde nichts ohne gleichwerthige Konzessionen gewährt werden. Was Rußland anlangt, so werde der russische Nothstand voraussichtlich nicht so bald behoben sein, weshalb es ohne Werth sei, sich mit der Frage der künftigen Gestaltung unserer kommerziellen Beziehungen mit Rußland zu beschäftigen. Die Vereinigten Staaten von Amerika seien ohne Weiteres als meistbegünstigte Nation behandelt worden und hätten dafür den deutschen Zucker freigelassen. Die Regierung habe nicht versäumt, sich über die öffentliche Meinung zu informiren. Die Valuta-Frage konnte das Zustandekommen der Verträge nicht verhindern. Selbst wenn die allgemeine Stimmung für den Bimetallismus günstiger würde, würde wohl Niemand unter den heutigen Verhältnissen daran denken, ohne England an eine Aenderung unserer Währung heranzutreten. Hätte die Regierung warten wollen, dann hätten sich immer noch mehr Staaten gefunden, die sich durch chinesische Mauern absperrten. Wir haben herausgeschlagen, was herauszuschlagen war. Die Interessen der Landwirthschaft seien von der Regierung nicht vernachlässigt worden. Keine Regierung habe mehr für die Landwirthschaft thun können. Bei einer weiteren Mißernte wären die Getreidezölle gewiß ganz weggefegt worden. Die Landwirthschaft könne aber auch heute des Schutzes nicht entbehren. Ohne solchen wären wir einer landwirthschaftlichen Krisis entgegengegangen, die eine Kalamität für das ganze Reich gewesen wäre. Man dürfe nicht mit englischen Verhältnissen eine Parallele ziehen. In England befänden sich Grund und Boden in den Händen reicher Magnaten, die es aushalten könnten. Bei uns sei der sogenannte Großgrundbesitzer thatsächlich Kleingrundbesitzer, der sich kümmerlich durchhelfen müßte. (Heiterkeit.) Der Besitz von Grund und Boden erwecke die Liebe zum Vaterland, und in landwirthschaftlichen Kreisen sei das Familienleben meist ein besseres als in anderen. Die Landwirthschaft sei für uns unentbehrlich, und es sei besser, die Opfer für dieselbe zu bringen, als im Kriegsfall hinsichtlich der Ernährung auf Dritte angewiesen zu sein. Er weiche von den Agrariern aber darin ab, daß er sage, nicht die Landwirthschaft bringe die Opfer, sondern der Staat bringe erhebliche, wenn auch unumgängliche Opfer für die Landwirthschaft. Die Erhöhung des Getreidezolles auf 5 M. sei eine Kraftprobe gewesen, die der Staat nicht bestanden habe. (Hört, hört!) Was den Wein betreffe, so solle derselbe in Konkurrenz mit dem Schnaps und dem Punschwein, sowie dem Bordeaux gebracht werden. Durch den italienischen Wein soll den französischen Weinen das Schlachtfeld bereitet werden. Die deutsche Industrie sei maschinelle Massenproduktion. Es würden große Mengen ausgeführt, doch sei der Werth der Ausfuhr nicht der Menge entsprechend. Auch unsere Industrie bedürfe noch fortgesetzt des Schutzes. Beim Abschluß der Verträge müßte auch die Erhaltung der Leistungsfähigkeit unseres Handwerkerstandes in's Auge gefaßt werden. Durch die Verträge werde Gelegenheit zu lohnender Arbeit geschaffen. Exportirt müsse werden. Entweder wir exportiren Waaren oder — Menschen. Er stehe auf dem Boden eines Stöcker'schen Wortes: „Wir müssen den Arbeitern nicht blos entgegentreten, sondern auch entgegenkommen." Durch die Verträge werde gleichzeitig das Wohl der Arbeiter wie der Arbeitgeber gefördert werden. Es sei wünschenswerth, daß wir unseren Verbündeten auch wirthschaftlich näher treten. Er könne nur wünschen, daß die Verträge sich immer tiefer in's Volk einleben. Wie jetzt bei einem Kriege das Volk mit dem Herzen dabei sein müsse, so könne auch die Wirkung solcher Verträge nicht durch Verhandlungen von Kabinet zu Kabinet bewirkt werden. Es sei tief bedauerlich, daß nach einem Artikel der „Kreuzzeitung" Deutsche sich herbeiließen, bei Czechen, Slowaken und anderen den Deutschen feindlich gesinnten Elementen hausiren zu gehen, um Material gegen die eigene Regierung zu sammeln. Es sei möglich, daß ein künftiger Krieg nicht mit Waffen, sondern mit Paragraphen und Tarifpositionen geführt werde. Demgegenüber müsse man bestrebt sein, darauf hinzuwirken, daß sich die europäischen Staaten aneinander anschließen. Sie hätten auch Besseres zu thun, als sich gegenseitig das Blut auszusaugen. In diesem Sinne seien die Verträge abgeschlossen. Würden dieselben abgelehnt, so vermöchte er nicht zu ermessen, bis zu welcher Grenze in den nächsten 10 Jahren der Nothstand im Deutschen Reiche anwachsen könnte. Die Verträge würden dazu beitragen, Deutschlands Weltstellung zu erhalten und zu befördern. (Beifall.) — Abg. Dr. Reichensperger erklärt, daß das Centrum nahezu einstimmig auf dem vom Reichskanzler klargelegten Standpunkte stehe. Die Agrarier könnten zufrieden sein, von den Zöllen noch so viel gerettet zu haben, denn die Gefahr, die Getreidezölle ganz schwinden zu sehen, habe sehr nahe gelegen. Wenn nun gar behauptet werde, der frühere Reichskanzler suche seinen Nachfolger an der Hand der Zollermäßigungen zu stürzen, so könne Fürst Bismarck sagen: „Gott behüte mich vor meinen Freunden!" Der Vertrag bringe einen Interessenausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten. Aber nicht blos in wirthschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung seien die Verträge von hoher Wichtigkeit. Keine Partei würde die Verantwortlichkeit für das Scheitern derselben übernehmen können. — Abg. Graf Kanitz (kons.) spricht sich entschieden gegen das Aufgeben der autonomen Feststellung der Zölle aus, wodurch es unmöglich gemacht werde, unser Zollsystem in Einklang mit den stetig wechselnden Verhältnissen auf wirthschaftlichem Gebiete zu setzen. Man spreche von einem einseitigen Druck der landwirthschaftlichen Zölle. Aber habe die Landwirthschaft nicht auch die Industriezölle zu tragen? Die gegenwärtigen Getreidezölle seien an den hohen Getreidepreisen nicht schuld. Man hätte niedrigere Preise durch zeitweilige Zollsuspension herbeiführen können. Die Reaktivirung der Zölle würde keine Schwierigkeiten gemacht haben. Bei Aufhebung der russischen Ausfuhr haben wir gesehen, daß die Regierung keine Zollsuspension will. Er bitte noch heute den Reichskanzler, lieber eine Suspension der Zölle vorzunehmen, sei es auf ein oder zwei Jahre. (Richter ruft: „Auf zwei Jahre!") Es sei wichtig, daß nunmehr Klarheit darüber geschaffen ist, daß die Zollermäßigung auch den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu Gute kommt. Mit England stehen wir auf dem Fuße der Meistbegünstigung, sodaß die Einfuhr aus Indien und Canada bei uns zu den ermäßigten Zöllen stattfinden könne. Damit spitze sich der Vertrag besonders gegen Rußland zu. Der Zollsatz von 5 M. sei nicht eine Kraftprobe, sondern eine Forderung der bitteren Nothwendigkeit gewesen. Schon bei Mittelernten könne der Roggenpreis auf 100 M. heruntergehen, also auf einen Preis, zu dem die deutsche Landwirthschaft nicht mehr produziren könne. Angesichts der Verträge gelte für die Landwirthschaft das Wort: „Laßt die Hoffnung hinter Euch!" Nicht minder wird der Weinbau durch die Verträge geschädigt. Auch die Industrie, namentlich eine Anzahl kleinerer Industriezweige, erführen schwere Einbußen. Die Schutzzölle seien kein Glück gewesen, aber eine Nothwendigkeit. Die Landwirthschaft stehe der Industrie gegenüber längst im Nachtheile. Er bedaure, daß dem Reichskanzler beim Abschluß dieses Vertrages freihändlerische Räthe zur Seite gestanden. Er werde den Vertrag auf das Entschiedenste bekämpfen und sich mit dem Bewußtsein trösten, daß er in diesem Kampfe nicht allein stehe. (Beifall und Widerspruch.) — Reichskanzler v. Caprivi weist die gegen seine Beamten erhobenen Vorwürfe entschieden zurück. Die betreffenden Beamten hätten schon unter dem Fürsten Bismarck gearbeitet, sodaß man ihnen Freihändlerei nicht vorwerfen könne. — Weiterberathung morgen.

Berlin. An den Fürsten Bismarck hat der Reichstagsabg. v. Kardorff die Anfrage gerichtet, ob der Fürst Bismarck zur ersten Berathung der Handelsverträge im Reichstag erscheinen werde, hierauf aber die Antwort erhalten, daß er behindert sei, der Berathung beizuwohnen. — Die deutsch-konservative Fraktion hat sich gestern mit 24 gegen 12 Stimmen gegen die Handelsverträge erklärt. Die deutsche Reichspartei ist in ihrer Mehrheit zu einem zustimmenden Votum gelangt. Vom Centrum wird wahrscheinlich nur v. Schalscha gegen die Verträge stimmen. — Der Chef des Generalstabes des 6. Armeekorps, Oberstleutnant von der Marwitz, erhielt das Komthurkreuz 2. Klasse des sächsischen Albrechtsordens.

Berlin. Der Bundesrath überwies die Vorlage betreffend die Verleihung der Korporationsrechte an die Astrolabe-Compagnie zu Berlin an die zuständigen Ausschüsse. — Das Abkommen mit Oesterreich-Ungarn über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Marken-Schutz kam nicht zur Verhandlung. — Ueber den Antrag, betreffend die doppelte Anrechnung der Dienstzeit zu Gunsten der in den deutschen Schutzgebieten beschäftigten Reichsbeamten kam es ebenfalls zu keiner Beschlußfassung.

Berlin. Der Entwurf eines Check-Gesetzes ist soweit gefördert, daß derselbe dem Reichstage noch in dieser Session zugehen wird. — Bayrische Abgeordnete brachten im Reichstage eine Interpellation betreffend den Schutz des deutschen Urheberrechts in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein.

Görlitz. Der hiesige Bankier Adolf Albert ist wegen Unterschlagung sämmtlicher Depots flüchtig geworden. Ueber sein Vermögen ist der Konkurs eröffnet worden. Nach einer neueren Meldung soll Albert in Görlitz in einem Weinbergshause festgenommen und in das Gefängniß eingeliefert worden sein.

Posen. Aus Soldau wird gemeldet, höhere russische Offiziere bereisten verschiedene nahe der preußischen Grenze gelegene Ortschaften zwecks Einrichtung von Garnisonen.

Waldenburg. Eine furchtbare Explosion schlagender Wetter fand auf der Friedens-Hoffnungsgrube statt. 9 Todte sind bereits hervorgeholt. Wahrscheinlich sind insgesammt 30 Bergleute todt.

Nürnberg. Die freisinnige Partei Bayerns eröffnet eine Agitation für Aufhebung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes.

Wien. Heute Mittag sind im Auswärtigen Amte die Handelsverträge zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn und der Schweiz unterzeichnet worden.

Pfund's Kindermilch. Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.